

„Mistwagen“ steht mitten in Hönnau-Lindorf

CDU-Veranstaltung zum Thema Küstenautobahn

Von Rainer Klöfckorn

Hönnau-Lindorf. Beim Bau der Küstenautobahn (A 22) wird es Gewinner und Verlierer geben. Auf der Verliererseite wohnen sich die Einwohner von Hönnau-Lindorf, verläuft doch die derzeit aktuelle Trasse mitten durch ihren Ort. Im Rahmen seiner Sommertour informierte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel am Mittwochnachmittag darüber, wie die Betroffenen ihre Lage beurteilen und ob es Alternativvorschläge gibt.



Dass das Autobahnthema die Einwohner beschäftigt, zeigte der Besuch im Dorfgemeinschaftshaus: Trotz Urlaubszeit und ungeohnter Uhrzeit war kein Stuhl mehr frei. Begleitet wurde Grindel in Hönnau-Lindorf von Parteifreunden, darunter Landesminister Hans-Heinrich Ehlen und Landrat Hermann Luttmann. „Wir möchten wissen, wie Ihr die Dinge seht“, sagte der Bremervörder



Reinhard Grindel in Hönnau-Lindorf: „Beim Autobahnbau muss der beste Interessenausgleich gefunden werden.“

der CDU-Vorsitzende Frank Pingel zu Beginn in Richtung Einwohnerschaft.

Die Dinge sind eindeutig: Bei der Planung der A 22 ist Hönnau-Lindorf am härtesten betroffen, die von den Straßenplanern vorgeschlagene Vorzugstrasse durchschneidet den Ort. Während einige Häuser und landwirtschaftliche Betriebe vermutlich aufgegeben werden müssen, muss sich ein Großteil der Einwohner auf Lärm einstellen. Insgesamt seien die Bewohner von 50 Häusern betroffen, hieß es.

Minister Ehlen sprach von einer „unglücklichen Situation“ für Hönnau-Lindorf. Von daher sollte versucht werden, die Auswirkungen abzumildern und eine möglichst verträgliche Trasse auszuwählen. Bei einer Verschiebung sei aber zu berücksichtigen, dass es dann an anderer Stelle Probleme geben werde. „Seien Sie fair, wenn Sie über Alternativen nachdenken“, appellierte deshalb Grindel an die Einwohner.

Zu denjenigen, die sich bereits Gedanken gemacht haben, gehört der Ortsrat von Hönnau-Lindorf. Für dieses Gremium begrüßte es Reinhard Brünjes, dass sich die CDU-Politiker ein „Bild von der Stimmung vor Ort machen“. Über die Auswirkungen einer Autobahn will sich auch der Ortsrat informieren, kündigte Brünjes an. Geplant sei eine Fahrt nach Mecklenburg-Vorpommern an die A 20.

Danach werde der Ortsrat eine Stellungnahme abgeben. Wie die aussehen wird, ließ Brünjes offen. Aber auch er warnte: „Wenn wir den Trassenverlauf verändern, schaffen wir neue Probleme und Streit. Ich kann nicht jemand anders den Mistwagen vor die Tür schieben.“

Vorgestellt wurde in der Versammlung ein privater Vorschlag des nicht anwesenden Ortsbürgermeisters Herbert Buck. Danach verläuft die Trasse stärker in Richtung Mehedorf. Näher eingegangen wurde auf diesen Vorschlag nicht. Allerdings forderte



Oben: Trotz der ungewohnten Uhrzeit war am Mittwoch im Hönnau-Lindorfer Dorfgemeinschaftshaus kein Platz mehr frei. Das Interesse an der Veranstaltung zum Bau der Küstenautobahn war auf Grund der Auswirkungen auf den Ort riesengroß.

Rechts: Landesminister Hans-Heinrich Ehlen: „Der Autobahnbau bietet Bremervörde große Perspektiven.“

Fotos: Klöfckorn



Mehedorfs Ortsvorsteher Erwin Busch von der Stadt die Einberufung einer Bürgerversammlung, da Mehedorf im Gegensatz zu Hönnau-Lindorf keinen Ortsrat hat.

Unzufrieden mit der jetzigen Vorzugstrasse zeigten sich in der Diskussion die direkt betroffenen Anlieger. Es werde zu wenig Rücksicht auf die Menschen genommen, wurde argumentiert. Befürchtet wird ein Werteverlust der Grundstücke und eine Lärmbelastung durch den Verkehr auf der Autobahn. Niemand würde mehr nach Hönnau-Lindorf ziehen, woraufhin Grindel mit dem Satz konterte: „Sittensen ist nicht entvölkert.“

Diskutiert wurde auch grundsätzlich über Sinn oder Unsinn der A 22. Sie werde Arbeitsplätze vernichten, hieß es von einer Vertreterin der Hipstedter Bürgerinitiative „A22 nie – Hipstedt und umzu“. Auch die Einwohner Hönnau-Lindorfs zeigten sich teilweise skeptisch. Wenn es um die Verkehrsbelastung Bremervördes gehe, sei eine Nordumgehung sinnvoller, hieß es unter anderem.

Bremervördes Bürgermeister Eduard Gummich (CDU) räumte ein, dass die ursprüngliche Er-

wartung, wonach 10.000 Fahrzeuge am Tag weniger durch die Stadt fahren werden, mit der jetzigen Trasse nicht erreicht werde. Von 5.000 bis 6.000 Fahrzeugen sei in den Untersuchungen die Rede.

Der Raum Bremervörde werde durch die Autobahn jedoch wirtschaftlich enorm profitieren, meinten Grindel und Ehlen. Dass die Wirtschaft auch dieser Meinung sei, begründete der Bundestagsabgeordnete unter anderem mit der hohen Spendensumme für die A-22-Planung. Der Mittelstand brauche die Autobahn, um existieren zu können und Arbeitsplätze zu schaffen, argumentierte das CDU-Stadtratmitglied Friedrich Michaels.

Deutliche Worte richtete Landrat Luttmann an die Einwohner. Die gute wirtschaftliche Entwicklung, die der Landkreis Rotenburg seit 20 Jahren nehme, sei an Bremervörde vorbei gegangen. Infolge der rückläufigen Einwohnerzahl sei Bremervörde leider „Vorreiter“ (Luttmann) im Landkreis bei der notwendigen Schließung von Grundschulen. „Ihre einzige Chance liegt in der Autobahn“, sagte der Landrat, „das ist meine

WORTWÖRTLICH

„Wenn wir allen Bedenken nachkommen, wird nie eine Autobahn gebaut.“

CDU-Minister Hans-Heinrich Ehlen

festen Überzeugung“. Ohne sie werde es zukünftig kaum noch Betriebe und damit Arbeitsplätze geben.

Alle CDU-Politiker empfahlen den Einwohnern von Hönnau-Lindorf, sich frühzeitig und intensiv mit der Autobahnplanung zu beschäftigen und ihre Meinung im beginnenden Raumordnungsverfahren zu äußern. Dabei sei es wichtig, ergänzte Luttmann, Einfluss auf die politischen Gremien zu nehmen. Ihre Stellungnahmen hätten erfahrungsgemäß mehr Gewicht als die einzelner Bürger.

Große Veränderungen wird es aber nicht mehr geben. Die Planer hätten die optimalste Trasse nach objektiven Gesichtspunkten mathematisch genau festgelegt, sagte Grindel. Verschiebungen seien vermutlich nur noch über eine Distanz von 50 bis 100 Metern möglich, warnte Ehlen vor zu hohen Erwartungen.

Im Jahr 2017 soll das 1,2 Milliarden teure Projekt fertig sein. „Vielleicht dauert es aber auch etwas länger“, schloss der Minister nicht aus.